

Parteikompetenzen wie es vor Jahrzehnten war:



Wirtschaft

Mensch

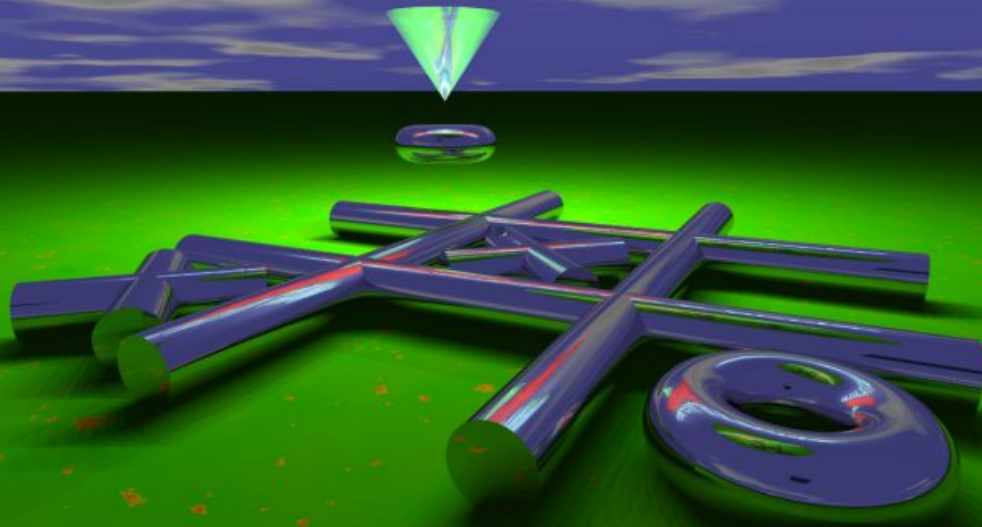
Umwelt

Team Stronach soll im Salzburger Wahlkampf von allen Parteien Stimmen abziehen. Die alten Parteien haben versagt sich auf geänderte Umstände einzustellen.

Von den einst propagierten zentralen Kompetenzen der alten Parteien ist nichts mehr vorhanden.

Roland Mösl

CALCULATION ERROR



**Der Niedergang von USA+EU
durch die Verehrung eines destruktiven Kults
eine Veröffentlichung der**

**PLANETARY
ENGINEERING
PEGE
GROUP** 

Über Jahrzehnte hinweg wurde die Gesellschaft durch falsche Berechnungen, ignorieren wirtschaftlicher Effekte, in eine falsche Richtung gedrückt.

Alle Krisen sind das Ergebnis.

Die heutige Generation von Politikern möchte nicht mehr regieren, sondern nur noch eine Show im Wahlkampf liefern.

Viele dieser Themen können Im Salzburger Wahlkampf nicht angesprochen werden, weil es sich um Bundespolitik oder EU-Politik handelt.

Revolutionäre Aussage 1:

Es gibt gutes und schlechtes Wirtschaftswachstum.

Das Kriterium ist die Stabilität, das Absichern des Erreichten, das Vermeiden von unabsehbaren Risiken und Folgekosten.

Die strikte Weigerung zwischen guten und schlechten Wachstum zu unterscheiden hat uns in eine extrem gefährliche Situation geführt, hat die Gesellschaft gespalten.

Eine Regierung hat die Pflicht ihre gesamten Möglichkeiten ein zu setzen für gutes und gegen schlechtes Wirtschaftswachstum.

Revolutionäre Aussage 2:

Markteingriff der Regierung zur Gefahrenabwehr.

Vor einigen Jahrzehnten wurden im Westen die Regierungen davon überzeugt ja nicht in den Markt ein zu greifen, alles dem Markt zu überlassen, sich ganz dem Dogma der Wirtschaftswissenschaften zu unterwerfen dass „Der perfekte Markt alle Probleme löst“, dass die Politik nur mehr gemächlich zurück gelehnt beobachtet, wie der perfekte Markt alle Probleme löst.

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Wenn Angebot und Nachfrage zu Preisen führen, welche die Harmonie der Gesellschaft beträchtlich stören, dann ist ein Eingriff die Pflicht einer Regierung, nichts zu tun eine schwere Unterlassung.

Revolutionäre Aussage 3:

Koordinierung Einzelwohl und Gemeinwohl.

Er saniert sein Haus thermisch, obwohl es im derzeitigen System nicht rentabel ist. Er stellt auf Wärmepumpe um, obwohl eine Gasheizung billiger wäre. Er behält einen 49-jährigen Problemfall in der Firma, obwohl eine Kündigung nach 50 ein großes Problem für seine Firma wäre.

In unseren heutigen System gibt es viele Sachverhalte, wo Einzelwohl und Gemeinwohl in einem Gegensatz stehen.

Aufgabe der Politik ist es aber Einzelwohl und Gemeinwohl zur Übereinstimmung zu bringen.

Alle großen Probleme der Bevölkerung:

- 1.) Energiepreise
- 2.) Immobilienpreise
- 3.) Arbeitslosigkeit

können durch die Politik mit gezielten Eingriffen in Preisbildung, Angebot und Nachfrage gelöst werden.

In die Kompetenzen einer Landesregierung fällt hier leider nur Punkt 2 Immobilienpreise.

Hauptsorge: Wohnkosten

Sind stark steigende Immobilienpreise gutes oder schlechtes Wirtschaftswachstum?

Die Ärmeren werden immer mehr zwischen stagnierenden Löhnen und steigenden Wohnkosten zerrieben. Der Traum vom Eigenheim, für viele schon unerfüllbar, einige opfern dafür viel Zeit um jeden Tag als Langstreckenpendler vom billigen Baugrund zur Arbeit zu kommen.

Die bisherige Politik war eine künstliche Verknappung von Bauland. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, die logische Konsequenz, stark steigende Preise.

Solares Bauland

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.
Ein neues Angebot für preisgünstiges Wohnen drückt den Preis.
Details werden bei Interesse von mir vorgestellt

Die Marke Stronach

Stronach könnte stehen für „Besseren Lebensstandard durch bessere Technik“
Die Grünen stehen für „Wir sind gegen alles“.
Die ÖVP steht für „Umverteilung von Arm zu Reich“
Die SPÖ steht für „Wir wollen das ja eigentlich gar nicht so“

Beispiel Verkehrslärm. Autofahrer müssen seit Jahrzehnten immer mehr ausgeben für immer strengere Abgas- und Lärmnormen. Das Moped ist aber laut und stinkt wie vor 50 Jahren.

Muß das sein? 200 Millionen Chinesen fahren Elektroroller.
Zulassungsverbot für Benzinroller in Städten.
In Innsbruck gibt es ein Nachtfahrverbot für Benzinroller.

Als ich das bei dem Grünen Stadtrat Padutsch auch für Salzburg forderte, wurde ich zweimal aus seinem Büro geschmissen.